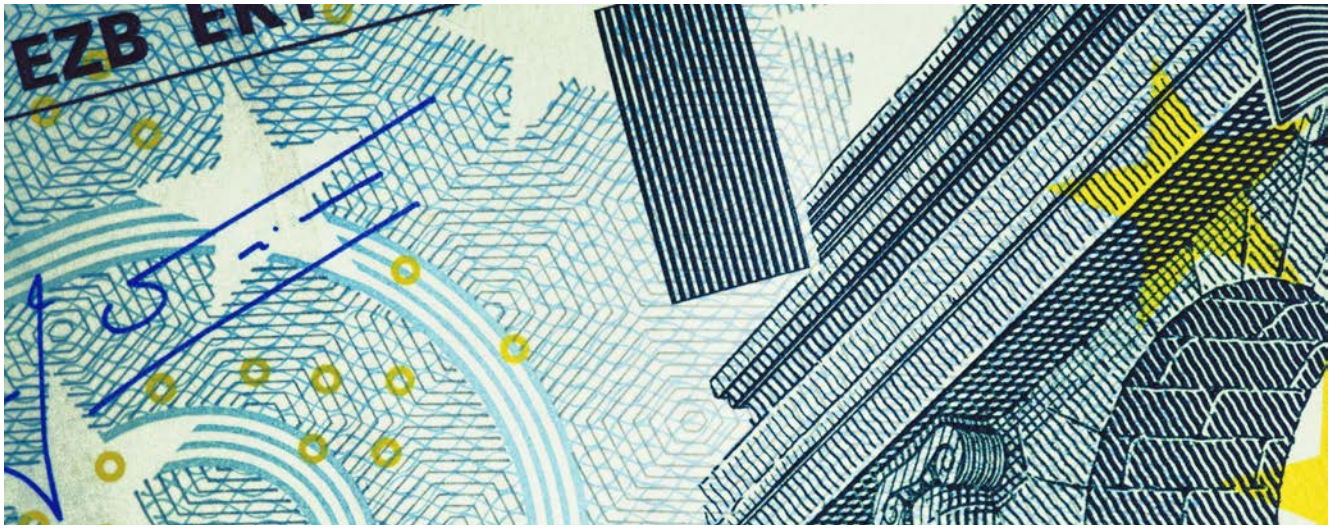
Auf einen Blick

Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates zum Bargeld



Am 5. April 2017 hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sein Gutachten „Zur Diskussion um Bargeld und die Null-Zins-Politik der Zentralbank“ veröffentlicht. Anlass des Gutachtens sind Vorschläge von Ökonomen, Bargeld abzuschaffen. Diese Vorschläge werden insbesondere damit begründet, dass die Zentralbank nur dann wirksam negative Zinsen einsetzen könne. Auch der Beschluss der EZB, Ende 2018 die Ausgabe neuer 500-Euro-Scheine einzustellen, und Überlegungen der EU, Bargeldzahlungen künftig nur noch in begrenztem Volumen zuzulassen, hatten die Diskussion um die Rolle des Bargelds neu belebt.

Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass eine Abschaffung von Bargeld einen wirtschaftspolitischen Eingriff darstellen würde, der nicht gerechtfertigt wäre. Zugleich wird vor einer Überschätzung der positiven Wirkung einer Abschaffung von Bargeld auf Schattenwirtschaft und Kriminalität gewarnt. Auch eine mögliche Obergrenze für Bartransaktionen sieht der Beirat kritisch, da der Eingriff in die Freiheit normaler Bürger unverhältnismäßig erscheine. Schattenwirtschaft und Kriminalität entzögen sich einer solchen Überwachung, sodass letztlich vor allem der „normale Bürger“ betroffen sei. Der Abschaffung „großer Scheine“ steht der Beirat dagegen neutral gegenüber.

Die Gutachter stellen außerdem fest, dass die Diskussion über eine Abschaffung des Bargelds aus geldpolitischer Sicht im Wesentlichen vor dem Hintergrund geführt werde, dass negative Zinsen dann besser durchzusetzen seien und sich der geldpolitische Spielraum dadurch erweitere. Darüber hinaus werden die Effekte der Null-Zins-Grenze auf die Funktionsfähigkeit des Bankensystems dargelegt. Banken werde eine profitable Geschäftstätigkeit erschwert, sodass verhaltene Kreditvergabetätigkeit die Folge sein könne, vor allem aber die Finanzstabilität gefährdet werde. Letztere sei bei den Entscheidungen für die Null-Zins-Politik der EZB nicht ausreichend gewürdigt, allein die Bekämpfung von Deflationsgefahren habe im Vordergrund gestanden.

Das Gutachten leistet einen wertvollen Beitrag zur aktuellen – längst nicht mehr nur auf akademische Zirkel begrenzten – Diskussion zur Rolle des Bargelds. Dabei plädieren die Gutachter dafür, das Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel in der gegenwärtigen Form beizubehalten. Die Analyse zur gegenwärtigen Null-Zins-Politik der EZB leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Diskussion, indem sie mögliche Gefahren, die mit dieser Politik einhergehen könnten, anschaulich verdeutlicht.

Weitere Informationen sind auf der Homepage des BMWi erhältlich:

bit.ly/BMWi_WB

Kontakt: Dr. Markus Utsch
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Mai 2017	
08.05.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)
09.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
11.05.	Handelsrat
15.05.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
18./19.05.	Informeller Energierat
22./23.05.	Eurogruppe und ECOFIN
29.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Mai	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juni 2017	
07.06.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (April)
08.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
08./09.06.	Informeller Kohäsionsrat
09.06.	TK-Rat
13.06.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.06.	Eurogruppe und ECOFIN
22./23.06.	Europäischer Rat
26.06.	Energierat
Ende Juni	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juli 2017	
06.07.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Mai)
07.07.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)
10./11.07.	Eurogruppe/ECOFIN
13.07.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
17./18.07.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat (Telekom)
Ende Juli	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service

Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
www.bmwi.de/schlaglichter

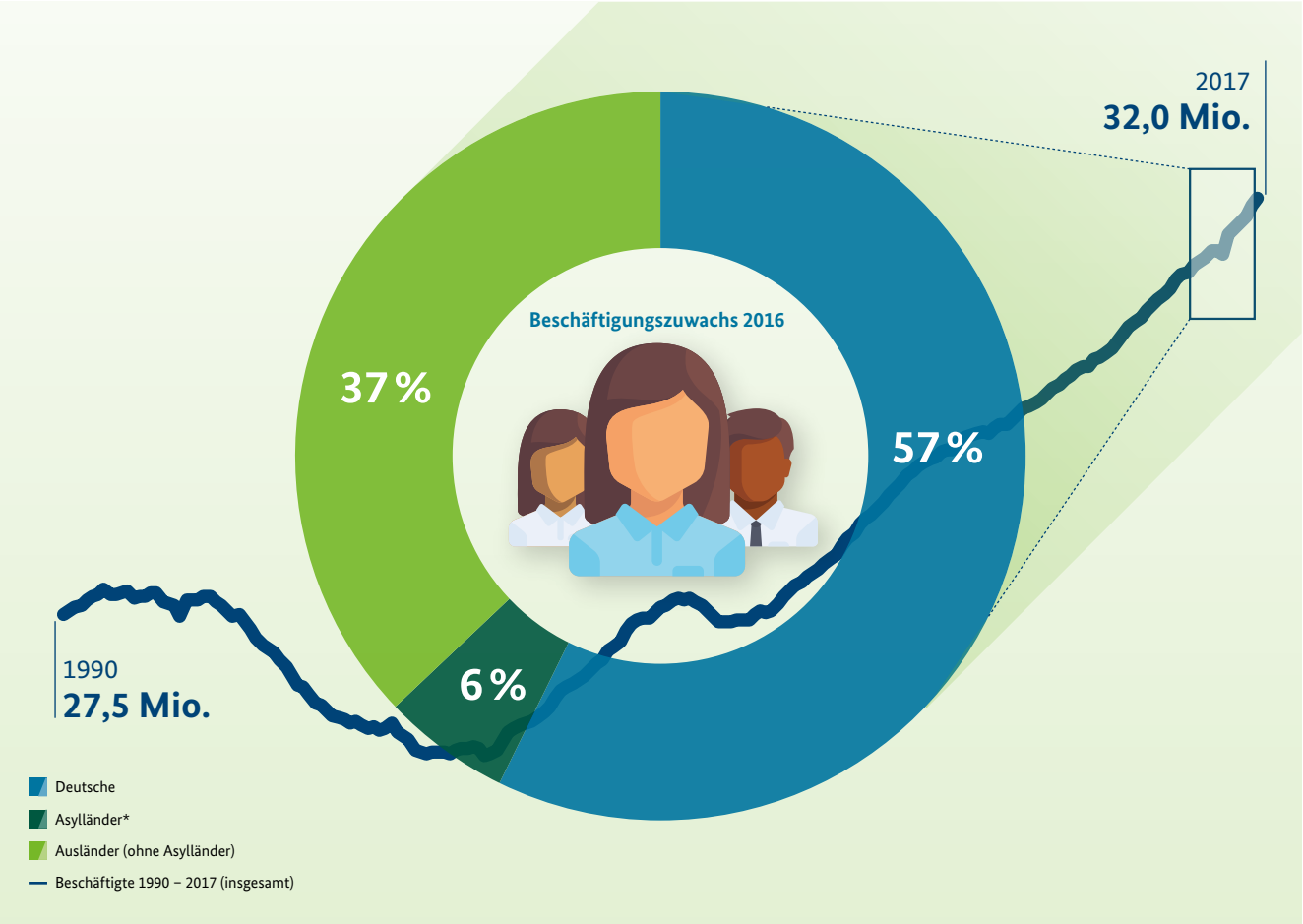
Grafik des Monats

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland ...

... nimmt seit mittlerweile über zehn Jahren kräftig zu. Seit Anfang 2006 liegt der Zuwachs bei über 5,6 Millionen Personen. Damit waren zuletzt fast 32 Millionen Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Auch die zuletzt recht kräftigen Reallohnzuwächse, wozu auch die Einführung des Mindestlohns beigetragen hat, haben die Entwicklung nicht gebremst. Der Arbeitsmarkt bildet die zentrale Grundlage für die gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland.

Es bleibt am Arbeitsmarkt aber eine Reihe von Herausforderungen, zum Beispiel im Bereich unfreiwilliger atypischer Beschäftigung oder Frauenerwerbstätigkeit. In Deutschland führt die demografische Entwicklung bereits heute zu einem Rückgang der Erwerbsfähigen. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung wäre ohne die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland nicht möglich gewesen. Das zeigt beispielhaft das vergangene Jahr: Etwa 43 Prozent des Aufbaus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geht auf die Beschäftigung von Ausländern zurück (318.000 von 743.000 Personen) – insbesondere aus Osteuropa. Zudem zeigen die Daten, dass die Flüchtlingsmigration zu positiven Beschäftigungseffekten führt. Trotz zahlreicher Integrationshürden, allen voran Sprachbarrieren, wurde im letzten Jahr bereits mehr als einer von 20 neu geschaffenen Jobs von Flüchtlingen ausgeübt (42.000 Personen).

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland



* Asylherkunftsländer mit den Staaten Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien

Quelle: Bundesagentur für Arbeit